

BAYERISCHER OBERSTER RECHNUNGSHOF

Jahresbericht 2004

Kurzfassung *)



*) ohne Abschnitt I

II. Prüfungsergebnisse

A. Ressortübergreifende Ergebnisse

16 IuK-Einsatz bei der Personalverwaltung

Die Personal- und Stellenverwaltung der rd. 338 000 staatlichen Bediensteten erfolgt derzeit mit 16 verschiedenen Systemen. Sie könnte mit wesentlich weniger Personal- und Sachaufwand durchgeführt werden, wenn Personal- und Stellendaten aller Bediensteten möglichst in einem einheitlichen IuK-Verfahren verwaltet würden. Ein solches System steht mit DIAPERS zur Verfügung.

Der ORH schätzt den erreichbaren Effizienzgewinn auf mehr als 250 Vollzeitkräfte.

17 Zeiterfassung bei den staatlichen Behörden

Der ORH hält bei der Arbeitszeiterfassung des staatlichen Personals mit einer besseren Organisation und optimierten elektronischen Systemen Effizienzgewinne im Umfang von 240 Vollzeitkräften für möglich.

18 Wärmeanschlussleistungen bei staatlichen Gebäuden

Für staatliche Gebäude sind z.T. die Anschlussentgelte für Wärmelieferungen zu hoch. Nach Erhebungen des ORH können jährlich bis zu 1 Mio € eingespart werden.

B. Ergebnisse aus den Geschäftsbereichen

Staatskanzlei

19 Bayerische Filmförderung

Nach Errichtung des FilmFernsehFonds Bayern im Jahr 1996 haben sich der Marktanteil deutscher Filme und die Rückzahlungen von Fördermitteln aus erfolgreichen Produktionen nicht wesentlich verbessert.

Gleichzeitig wurden seit 1999 in Deutschland rd. 9 Mrd € in Medienfonds investiert. Dennoch kam es nicht zu einem stärkeren Zufluss privaten Kapitals in die deutsche Filmwirtschaft. Diese im Rahmen von Steuersparmodellen - und somit zulasten des deutschen Fiskus - angesammelten Fondsmittel dienten zu über 80 % der Finanzierung von US-amerikanischen Filmproduktionen.

Staatsministerium des Innern

20 Ausgaben für polizeiliche Ermittlungen

Der ORH hat in einer Querschnittsuntersuchung festgestellt, dass die Kosten insbesondere für Blutentnahmen, Laboruntersuchungen auf Betäubungsmittel und Medikamente sowie Dolmetscherleistungen zwischen den einzelnen Polizeiverbänden z.T. erheblich voneinander abweichen und hier noch Wirtschaftlichkeitspotentiale bestehen.

21 Beschaffungswesen der Polizei

Die Bündelung der Beschaffungsvorgänge durch Zentraleinkäufe hat sich positiv auf das Beschaffungswesen der Polizei ausgewirkt. Der eingeschlagene Weg sollte mit einer Erweiterung der verbandsübergreifend zu beschaffenden Sachgüter, einer durchgängigeren Standardisierung der Produkte und dem weitestgehenden Ausschluss von Beschaffungen außerhalb der Zentraleinkäufe konsequent fortgesetzt werden.

22 Erhaltung der Staatsstraßen

Der Zustand der 13 600 km Staatsstraßen mit über 4 500 Brücken verschlechtert sich immer mehr. Verspätete Erhaltungsmaßnahmen werden überproportional teuer. Die für Staatsstraßen verfügbaren Mittel sollten vorrangig so eingesetzt werden, dass rechtzeitig eine Bestandserhaltung gesichert ist.

Staatsministerium der Justiz

23 Ausgaben der Justizvollzugsanstalten für Rundfunkgebühren

Der Staat zahlt für die Bereitstellung des Hörfunkempfangs in den Zellen der Justizvollzugsanstalten Rundfunkgebühren von jährlich einer halben Million Euro, obwohl diese Hörstellen von den Gefangenen immer weniger genutzt und eigene Radio- und Fernsehgeräte betrieben werden. Der ORH schlägt vor, den Hörfunkempfang insgesamt so zu organisieren, dass die Gebührenpflicht nicht bei den Anstalten, sondern bei den Gefangenen entsteht, für die die allgemeinen Befreiungstatbestände gelten.

Staatsministerium für Unterricht und Kultus

24 IuK-Einsatz in der Schulverwaltung

In der Schulverwaltung werden viele unterschiedliche IuK-Verfahren eingesetzt. Die Daten werden mit hohem Aufwand zwischen den verschiedenen Ebenen ausgetauscht. Trotzdem liegen notwendige Planungsdaten nicht rechtzeitig vor.

Ein IuK-Gesamtkonzept mit einer aussagekräftigen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung gibt es nicht. Durch Einsatz eines ebenenübergreifenden IuK-Verfahrens, Optimierung der Geschäftsprozesse und Neugliederung der Schulverwaltungsstruktur wären erhebliche Personaleinsparungen möglich.

Staatsministerium der Finanzen

25 Risikomanagement zur Veranlagung der Gewinneinkünfte

Der ORH hat Mängel bei der Prüfung der Betriebseinnahmen festgestellt. Derzeit steht ein automatisiertes Verfahren zur Erkennung einschlägiger Risikofaktoren bei den Betriebseinnahmen nicht zur Verfügung. Die im Innendienst erforderlichen manuellen Verprobungen wurden häufig vernachlässigt und sollten intensiviert werden. Dadurch könnte auch die risikoorientierte Fallauswahl durch den Außendienst verbessert werden.

26 Effizienz der Außenprüfungen

Der ORH sieht Potentiale, um die Effizienz der Außenprüfungen zu steigern. Er fordert ein höheres Prüfungsvolumen sowie eine optimierte Abdeckung des Prüfungsbedarfs. Hierzu hält er Verbesserungen beim tatsächlichen Personaleinsatz für erforderlich. Nach Auffassung des ORH sollte die Betriebsnahe Veranlagung in die Außenprüfung integriert werden.

27 Besteuerung ausländischer Einkünfte

Bei der Besteuerung ausländischer Einkünfte geben unzureichende Sachverhalts-ermittlungen und Rechtsfehler immer wieder Anlass zu Beanstandungen und führen zu erheblichen Steuerausfällen. Der ORH hat weitere Maßnahmen zur Qualitätssicherung vorgeschlagen.

28 Unentgeltliche Überlassung einer staatseigenen Villa

Der Staat hat einem Verein am Starnberger See unentgeltlich eine Villa überlassen, die für den vereinbarten Zweck nicht genutzt wird. Sie steht den überwiegenden Teil des Jahres leer. Unterhaltskosten in beträchtlicher Höhe werden vereinbarungsgemäß vom Staat getragen. Der Nutzungsvertrag sollte aufgehoben und die Immobilie, da sie für den vereinbarten Zweck nicht mehr benötigt wird, veräußert werden.

29 Pauschale Zuweisungen zu den Kosten der Schülerbeförderung

Die pauschalen Zuweisungen des Staates an die Kommunen zu den notwendigen Kosten der Schülerbeförderung sind von 1999 bis 2003 von 172 auf 227 Mio € gestiegen.

Die aufgrund von zu viel gezahlten Schülern und nicht erstattungsfähigen Aufwendungen fehlerhaft geleisteten Zuweisungen betragen hochgerechnet jährlich 4 Mio €.

Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

30 Förderung von Messebeteiligungen des Handwerks

Die Mittel zur Förderung von Messebeteiligungen des Handwerks werden zu einseitig für Sonderschauen auf zwei großen Handwerksmessen eingesetzt. Die Mittel sollten regional breiter gestreut und betriebsbezogener eingesetzt werden, um die

angestrebte Stärkung des Handwerks in allen Regionen Bayerns zu erreichen. Die mittelbare Förderung der Gesellschaft für Handwerksmesse über den Verein ist einzustellen.

31 Ausgleichszahlungen nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz

Die Ausgleichsleistungen von zuletzt 120 Mio € jährlich werden in den nächsten Jahren zwar schrittweise pauschal gekürzt (2004 um 4 %, 2005 um 8 %, ab 2006 um 12 %), an den vom ORH bereits 1999 festgestellten Mängeln des bundesrechtlich geregelten Berechnungsverfahrens ändern diese Kürzungen jedoch nichts. Der ORH unterstützt deshalb die Initiative der Länder, das Berechnungsverfahren selbst regeln zu können.

32 Förderung einer U-Bahnlinie

Die Prüfung von vier Bauabschnitten einer U-Bahn-Linie hat zu Zuwendungskürzungen von 2 Mio € geführt. Der ORH fordert eine sorgfältigere Kostenkontrolle.

Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

33 IuK-Einsatz in der Staatsforstverwaltung

Der ORH hat bei der Ausschreibung und Vertragsabwicklung der neuen IuK-Verfahren erhebliche Mängel festgestellt. Die Verfahren erfüllen auch noch nicht alle vertraglich vereinbarten Anforderungen. Deutliche Mehraufwendungen sind die Folge.

Die Kosten- und Leistungsrechnung trägt insbesondere wegen der fehlenden Zeitaufschreibung nicht dazu bei, die Staatsforstverwaltung wirkungsvoll steuern zu können.

Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

34 Erstattung von Fahrgeldausfällen für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im Nahverkehr

Aufgrund der Rechnungsprüfung haben die für den Vollzug zuständigen Regierungen zu viel erstattete Fahrgeldausfälle von 3 Mio € zurückgefordert. Das Staatsministerium hat inzwischen die Vollzugshinweise konkretisiert. Dadurch können künftig jährlich 900 000 € Erstattungsleistungen an Verkehrsunternehmen eingespart werden.

35 Opferentschädigungsgesetz

Das Opferentschädigungsgesetz verursacht einen sehr hohen und teilweise unwirtschaftlichen Verwaltungsaufwand. Für die Bewilligung einer Versorgungsleistung von 1 000 € fallen durchschnittlich 200 € Verfahrenskosten an. 1 600 € müssen aufgewendet werden, um 1 000 € aus der Verfolgung der Schadensersatzansprüche zu realisieren.

Durch gesetzliche Subsidiaritätsvorbehalte und Bagatellgrenzen könnten Verfahren, die gegenüber den Betroffenen zu keinen oder allenfalls geringsten Leistungen führen würden, vermieden und die Vollzugskosten von 4,2 Mio € (60 Vollzeitkräfte) erheblich reduziert werden.

36 Förderung von Schwangerenberatungsstellen

Aufgrund des bundesgesetzlich festgelegten Personalschlüssels von einer Beratungskraft pro 40 000 Einwohner wird erheblich mehr Personal vorgehalten und finanziert, als die Schwangerenberatungsstellen für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Bei einer an den Bedarf angepassten Personalausstattung könnten insgesamt 65 Fachkräfte und 32 Verwaltungskräfte eingespart werden. Dies entspricht Personalkosten von jährlich 4,7 Mio €, wovon der überwiegende Teil auf den Staatshaushalt entfällt.

Der ORH regt daher eine Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes an, die es den Ländern ermöglicht, die Personalausstattung bedarfsgerecht festzulegen.

Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

37 Förderung eines Pilotprojekts für Linienbusse mit alternativer Antriebstechnik

In einem Modellversuch sollte auch ein Linienbus mit Brennstoffzellen getestet werden. Gefördert wurden die Mietkosten für einen 19-monatigen Einsatz und hierfür bereits 1,4 Mio € ausgezahlt, bevor der Bus in Betrieb genommen wurde. Tatsächlich stand der Bus nur sieben Monate zur Verfügung und war lediglich 49 Tage im Einsatz.

Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

38 Studiengänge mit geringer studentischer Nachfrage

Für zahlreiche Studiengänge, die an mehreren oder sogar an allen bayerischen Universitäten angeboten werden, besteht an einzelnen Universitäten nur eine sehr geringe Nachfrage. Für derartige Studiengänge sind Strukturkonzepte zu entwickeln, die zur Auflösung von Studiengängen und zu einer Konzentration von Fächern und Fachbereichen auf weniger Standorte führen.

39 Technische Gebäudeausrüstung eines Institutsgebäudes

Der ORH hat bei der Prüfung eines Institutsgebäudes weit überdimensionierte und aufwendige betriebstechnische Anlagen festgestellt. Dadurch sind vermeidbare Ausgaben von 3,2 Mio € entstanden. Mit dem Abbau von Überkapazitäten im Bereich der Kälte- und Elektroanlagen zur künftigen Mitversorgung anderer Institute lässt sich der finanzielle Nachteil auf etwa die Hälfte reduzieren. Die beteiligten Staatsministerien haben es versäumt, bereits frühzeitig die Anforderungen der Nutzer kritisch zu hinterfragen, um ein bedarfsgerechtes und wirtschaftliches Planen zu ermöglichen.

40 Personalkosten im Verwaltungsbereich der Universitätsklinik

Eine Untersuchung der Kosten des Verwaltungspersonals der fünf bayerischen Universitätsklinik hat Abweichungen von bis zu 35 % ergeben. Nach Ansicht des ORH besteht in diesem Bereich ein beträchtliches Einsparpotential.

41 Dialyseeinrichtungen der Universitätsklinik

Eine Querschnittsuntersuchung der Dialyseeinrichtungen an den Universitätsklinik hat einen erheblichen Verbesserungsbedarf beim Einkauf des Dialysematerials und der Kostentransparenz ergeben. Bei künftigen Budgetverhandlungen mit den Krankenkassen sollte mit Nachdruck eine Anpassung an die tatsächlich erbrachten Leistungszahlen angestrebt werden.

42 Studentenzahl- und Stellenentwicklung an „alten“ Fachhochschulen

Nach den Feststellungen des ORH bestanden im Wintersemester 2002/03 an 30 % der Fachbereiche an den „alten“ Fachhochschulen personelle Überkapazitäten. Besonders betroffen sind davon technische Fächer.

Bei weiter steigenden Studentenzahlen müssen frei werdende Professorenstellen umgeschichtet werden. Zusätzliche Stellen dürfen den Fachhochschulen erst dann zugewiesen werden, wenn der Bedarf nicht durch interne Umschichtungen gedeckt werden kann.

43 Internationales Hochschulinstitut Lindau

Der Staat hat sich am Internationalen Hochschulinstitut Lindau beteiligt, das bei nur geringer Nachfrage hohe Defizite erwirtschaftet. Die beabsichtigte internationale Ausrichtung konnte nicht erreicht werden. Da keine Besserung absehbar ist, sollte die Förderung des Instituts beendet werden.